



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Ulrich Singer, Ferdinand Mang, Benjamin Nolte** und **Fraktion (AfD)**

### **Gedenkort gegen Linksextremismus: Die „Landshut“ nach Landshut holen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich mit Nachdruck bei der Bundesregierung und den zuständigen Institutionen dafür einzusetzen, dass die „Landshut“ nach Landshut überführt und dort an einem geeigneten Ort öffentlich ausgestellt wird.

Des Weiteren wird die Staatsregierung aufgefordert, ein inhaltlich und historisch fundiertes Konzept für die museale Präsentation der „Landshut“ am Standort Landshut zu entwickeln, das den Schwerpunkt explizit auf die Aufarbeitung des linken Terrorismus und die Warnung vor der fortwährenden Bedrohung durch militanten Linksextremismus legt.

### **Begründung:**

Die im Oktober 1977 von palästinensischen – mit der RAF verbündeten – Terroristen entführte Lufthansa-Maschine „Landshut“ ist ein wesentliches zeitgeschichtliches Zeugnis für die Bedrohung der deutschen Demokratie durch linksextremistischen Terror – aber auch für dessen erfolgreiche Bekämpfung durch den Rechtsstaat. Seit der aufwendigen Rückführung der Maschine nach Deutschland fehlt jedoch eine angemessene, historisch fundierte und öffentlich wirksame Präsentation der „Landshut“. Die aktuellen Planungen sehen nicht einmal vor, die Maschine in den authentischen Zustand von 1977 zurückzusetzen – also in jenen Zustand, in dem sie zum Sinnbild für die Wehrhaftigkeit der Demokratie wurde. Stattdessen soll das Flugzeug im Zustand von 2017 belassen werden, wodurch die Bedeutung des historischen Ereignisses für Besucher nicht anschaulich und nachvollziehbar erlebbar wird.

Das derzeitige Konzept am Bodensee ignoriert somit den maßgeblichen geschichtlichen Kern und die symbolische Strahlkraft des Originals. Öffentliche Gelder fließen stattdessen in fragwürdige Projekte wie banale Computerspiele oder in allgemeine Museumsarchitektur, ohne prägende historische Ereignisse in den Mittelpunkt zu rücken.

Angesichts des Zögerns und der Konzeptionslosigkeit des Bundes sowie der Bundeszentrale für politische Bildung zeigt sich nun eine ideale Gelegenheit für den Freistaat, die Initiative zu ergreifen. Bayern kann und sollte die Möglichkeit nutzen, ein sichtbares und kraftvolles Zeichen gegen Linksextremismus und für die Aufarbeitung politischer Gewalt zu setzen. Landshut, als Namensgeberin der Maschine, ist der prädestinierte Ort, die „Landshut“ dauerhaft und authentisch als Erinnerungs- und Lernort zur Aufklärung über Linksextremismus zu präsentieren. Denn letztlich kann nur durch eine direkte, informative und authentische Ausstellung der „Landshut“ ein würdiger und angemessener Gedenkort entstehen, der die Ereignisse des Deutschen Herbstes sowie die Gefahr politischer Gewalt sachlich und anschaulich vermittelt. Ein solcher Gedenkort erfüllt ein zentrales Anliegen der politischen Bildung sowie der wehrhaften Demokratie – und er leistet einen wertvollen Beitrag zur bundesweiten Erinnerungskultur.